

**Informationen
gemäß Artikel 12 bis 14 der
Datenschutz-Grundverordnung
(DS-GVO)**

**für den Bereich des Amtes für Stadtentwicklung
der Stadtverwaltung Seligenstadt**



vom 25.05.2018
in der Fassung vom 22.11.2018

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

1. Vorwort

Das Amt für Stadtentwicklung und das Bauamt haben aufgrund der Aufgabenbereiche viele Kontaktpunkte sowohl zu den Bürgerinnen und Bürgern als auch zu Fachplanern und Unternehmen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören insbesondere:

- Stadtentwicklung
- Bauleitplanung
Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung
- Verkehrsplanung
- Landschaftsplanung
- Städtebauliche Erneuerung / Entwicklung, Städtebauförderung
- Gemeindliches Einvernehmen in
Baugenehmigungs- / Bauvorbescheidverfahren
- Bauberatung
- Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Wohnungsbauförderung / Überwachung von gefördertem Wohnraum
- Erhebung von Anliegerbeiträgen
- Grundstücksgeschäfte
An- / Verkauf, Vermietung, Verpachtung
- Verwaltung städtischer Liegenschaften
- Waldbewirtschaftung
- Bauplatzvergabe

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten zu baurechtlichen und verwaltungsinternen Zwecken, insbesondere soweit

- das Baugesetzbuch (BauGB) sowie die Baunutzungsverordnung (BauNVO)
- die Hessische Bauordnung (HBO)
- das Verwaltungsverfahrensgesetz sowie das Hessische Verwaltungsverfahrensgesetz
- das Hessische Denkmalschutzgesetz
- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und das Hessische Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG), das Hessische Nachbarrechtsgesetz (NachbRG)
- das Hessische Verfahren- und Tariftreuegesetz (HVTG)
- das Gesetz über kommunale Abgaben (KAG)
- die Abgabenordnung (AO)

- das Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG)
- das Wohnungsbaugesetz (WoBauG)

unmittelbar oder mittelbar anzuwenden sind.

Gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 DS-GVO bezeichnen „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung

- zu einer Kennung wie einem Namen,
- zu einer Kennnummer,
- zu Standortdaten,
- zu einer Online-Kennung
- oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen

identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person ist.

Juristische Personen oder Verstorbene werden von der Bestimmung der DS-GVO nicht erfasst. Zu beachten ist aber insbesondere im Hinblick auf Informationen über verstorbene Personen, dass diese Informationen Bezüge zu lebenden Personen haben und damit auch dem Datenschutzrecht unterliegen können.

Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte Daten. Wenn Behörden personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das, dass sie diese Daten z. B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

2. Wer sind wir?

„Wir“ sind das Amt für Stadtentwicklung der Stadtverwaltung Seligenstadt und im Wesentlichen für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu Zwecken und Umsetzung denkmalrechtlicher, bauplanungs- und baurechtlicher Regelungen verantwortlich.

2.1 Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Stadt Seligenstadt

Amt für Stadtentwicklung

Marktplatz 1

63500 Seligenstadt

Telefon: +49 (0)6182/87-189

stadtentwicklung@seligenstadt.de

2.2 Beauftragung oder Beauftragter für den Datenschutz:

Der Datenschutzbeauftragte der Stadt Seligenstadt

SDS Schüllerermann Dataservice GmbH

Robert-Bosch-Str. 5

63303 Dreieich

datenschutz@seligenstadt.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Um die im Vorwort genannten Aufgaben erfüllen zu können, benötigen wir personenbezogene Daten. Ihre personenbezogenen Daten werden für die Zwecke verarbeitet, für die sie erhoben wurden.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, z. B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum und -ort, E-Mail-Adresse, Telefonnummer
- Mitteilungen Ihres Fachplaners (z.B. Architekt, Gutachter oder Statiker) oder Ihres Rechtsbeistandes
- Vertretungsbefugnisse, insbesondere bei Rechtsbehelfen
- Bankverbindung
- Eigentums- und Nutzungsrechte an Grundstücken und an den darauf befindlichen Anlagen

Ausschließlich für den Bereich der Wohnungsbauförderung und Bauplatzvergabe:

- Familienstand, Kinder und Familienzugehörigkeit
- Einkommens- und Vermögensverhältnisse

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, z. B. durch Ihre Mitteilungen, Anträge und Eingaben. Darüber hinaus erheben wir Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

5. Automatisierte Datenverarbeitung

Im weitgehend automationsgestützten Verfahren werden Ihre personenbezogenen Daten erhoben, gespeichert und dann in zumeist maschinellen Verfahren bei der Anwendung und Umsetzung der denkmalschutzrechtlichen, naturschutzrechtlichen, baurechtlichen und bauplanungsrechtlichen Regelungen zugrunde gelegt.

6. Datensicherungsmaßnahmen

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten setzen wir technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen auf Basis von IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie gemäß den Vorgaben der DS-GVO um, damit die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten sichergestellt ist.

7. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem Verwaltungsverfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

8. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für das Verfahren erforderlich sind. Maßstab sind vor allem die Fristen für die Aufbewahrung der Verfahrensakten.

9. Betroffenenrechte

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte:

9.1 Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen (Art. 15 DS-GVO). In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

9.2 Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen (Art.16 DS-GVO).

9.3 Recht auf Löschung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen (Art. 17 DS-GVO). Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

9.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben gemäß den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

9.5 Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, sofern die Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO erfüllt sind.

9.6 Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Absatz 1 lit. e) oder f) DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen (Art. 21 DS-GVO). Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

10. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Bei der folgenden zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde können Sie Beschwerde einlegen.

Die Beschwerde ist zu richten an folgende Adresse:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit

Postfach 3163

65021 Wiesbaden

+49 611-1408-0

poststelle@datenschutz.hessen.de

11. Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten:

Soweit wir Ihrem Anliegen aus rechtlichen Gründen nicht entsprechen können, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit. Wir werden Ihnen grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.